



## Editorial

**Iran? Syrien?** Neue Kriege beginnen? Eine Stellungnahme aus der DFG-VK findet Ihr in diesem Heft.

Ein wichtiger Schritt gegen Krieg ist es, sich selbst dem Krieg zu verweigern und kriegsfördernden Ideologien entgegenzutreten. Der erste uns bekannte Kriegsdienstverweigerer aus der arabischen Welt, **Maikel Nabil Sanad aus Ägypten**, wird uns im Juni 2012 besuchen. Es ist sicherlich spannend, über diese und andere Fragen mit ihm zu diskutieren. Aufgrund seiner Militärkritik wurde er inhaftiert und befand sich lange Zeit im Hungerstreik, um gegen seine Verhaftung und seine Haftbedingungen zu protestieren.

Dann berichten wir über den vergessenen Krieg im **Süden von Thailand**. Er ist nicht populär, kommt nicht in den Medien vor, es interessiert kaum jemanden...

Außerdem gibt es ein Jubiläum! **10 Jahre „Friederikes Wi(e)dersprüche“** - wer hätte das im Mai 2002 vermutet, dass dieser monatliche Hörfunksketch 2012 munter ein Jubiläum feiern kann - und sie machen weiter!

Es gibt noch eine zweite Gratulation: Chris Capps-Schubert wird in diesem Jahr den **Rheinland-Pfälzischen Friedenspreis** bekommen!

Dieses und anderes findet Ihr in diesem Friedlicht - erkenntnisreiche Lektüre und eine spannende Lesezeit wünschen Euch

*die DFG-VK Gruppen Mainz und Wiesbaden und die DFG-VK Hessen*

## Militär? Saublöd!

Das findet auch unsere Militärsau, die hier vor dem Osteiner Hof am Schillerplatz in Mainz posiert. Der Osteiner Hof ist Sitz des Befehlshabers des Wehrbereichskommando II und des Offizierkasinos. (Foto: Tina Gewehr)

## Was heißt „Clearing Barrel“?

Ein mit Sand gefülltes Fass, zum Entladen von Waffen. „The Clearing Barrel“ ist der Name des GI-Cafés in Kaiserslautern. Über das Café und seine BetreiberInnen gibt es einen Artikel in diesem Friedlicht. Die Öffnungszeiten des GI-Cafés findet Ihr auf der letzten Seite dieses Friedlichts.

## Zehn Jahre Friederikes Wi(e)dersprüche!

**Anton:** Duisenberg, wer ist denn das?

**Friederike:** Europäische Zentralbank - ich glaube: der Präsident

**Anton:** und wieso kriegt der einen Preis?

**Friederike:** Der hat ihn nur entgegengenommen, den Preis hat der EURO bekommen.

**Anton:** Du meinst prämiert wie das Hühnerfleisch von neulich, da stand auch prämiert und Sonderpreis drauf.

**Friederike:** Naja, fast so - ist ja eigentlich ein Skandal: Geld prämiieren, ist doch bloß ein Zahlungsmittel!

Das sind die ersten Worte der ersten Folge von „Friederikes Wi(e)dersprüchen“ die im Mai 2002 im Radio ausgestrahlt wurde und seitdem auch in Pazifissimus, der Radiosendung von DFG-VK Mainz und Wiesbaden auf der Wiesbadener nicht-kommerziellen Lokalradiofrequenz zu hören ist.

Und jetzt gibt es diesen Kurzhörspiel seit fast **zehn Jahren:** Monat für Monat, beinahe 120 Folgen – **Herzlichen Glückwunsch und ein großes Danke!**

Die ersten 119 Sendungen sind auf der Webseite „[www.militaer-gehoert-abgeschafft.de](http://www.militaer-gehoert-abgeschafft.de)“ erreichbar und am Abend des 29. April wird die 120. Sendung im Internet installiert sein, weitere Sendungen des Hördialogs werden monatlich folgen!



## Krieg im Verborgenen

### Der Konflikt im Süden des Königreichs Thailand



Ein Mitarbeiter des Research Center for Peacebuilding der Mahidol University mit Soldaten der thailändischen Armee (Foto: © Jari Trabert)

8 Tote, 23 Verletzte vom 06.03. bis 12.03.2012.<sup>1</sup> Was sich wie die Bilanz einer Woche in Afghanistan oder dem Irak liest, stellt vielmehr einen Ausschnitt aus dem bewaffneten Konflikt in den vier südlichen Provinzen Thailands, Yala, Narathiwat, Patani und Songkhla dar.

Das Bild von Thailand als „Land des Lächelns“ und als idyllisches Reiseziel hat spätestens seit dem Militärputsch im Jahr 2006 Risse bekommen. Auch die darauffolgende Auseinandersetzung zwischen „Gelbhemden“ und „Rothemden“, die in den gewaltsamen Zusammenstößen und Verwüstungen in Bangkok gipfelte, verdeutlichte die problematische politische und gesellschaftliche Situation im Land.

Es ist jedoch ein anderer Krisenherd, der das Land über einen längeren Zeitraum in Atem hält und eine größere Anzahl an Todesopfer und Verletzten gefordert hat: die Kämpfe im Süden Thailands.

Doch findet dieser Konflikt kaum Erwähnung in den westlichen Medien, denn es handelt sich dabei weder um eine nationale Krise der Demokratie noch um einen internationalen Zwischenfall, wie die Grenzstreitigkeiten zwischen Thailand und Kambodscha um das Weltkulturerbe Preah Vihear.

Die Geschehnisse in den südlichen Grenzprovinzen Thailands liegen hingegen unter dem Deckmantel innenpolitischer Auseinandersetzungen und islamistischen Terrorismus.

Die Konfliktregion umfasst zwar tatsächlich die mehrheitlich muslimischen Provin-

zen an der Grenze zwischen Thailand und Malaysia. Die Anfänge der Auseinandersetzung liegen jedoch weit vor dem Auftauchen moderner Phänomene wie dem islamistischen Terrorismus.

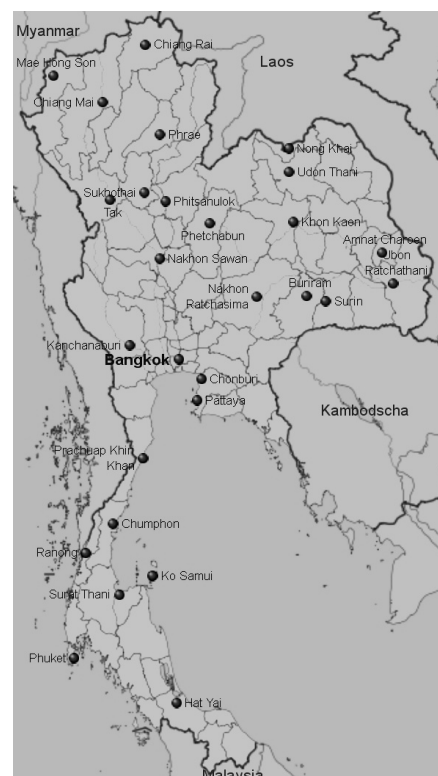
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts annektierte Thailand das Sultanat Pattani, welches bis dahin unabhängig gewesen war, sich aber innerhalb des muslimisch-malayischen Kulturkreises befand.

In der Folgezeit entwickelten sich erste Konfliktlinien. Diese wurden in besonderem Maße durch die Zentralisierungs- und später die „Thaisierungspolitik“ der nationalen Regierung hervorgerufen und waren nicht grundsätzlich in einem potentiellen Gegensatz zwischen Buddhisten und Moslems begründet. Im Laufe der Jahre verflachte der Konflikt zusehens bis er im Jahre 2004 durch die Politik des damaligen thailändischen Premierministers Thaksin zum heutigen Ausmaß eskalierte. Die neue harte Gangart brachte radikale Einsätze des Militärs und entsprechende Reaktionen hervor. Als bekanntestes Beispiel hierbei mag das sogenannte „Massaker von Tak Bai“ gelten. Am 25. Oktober 2004 endete eine Demonstration vor einer Polizeistation in der Verhaftung von hunderten Muslimen, von denen mindestens 85 beim Abtransport in Armeetransportern ums Leben kamen. Seitdem herrscht in der Region ein kriegsähnlicher Zustand. Auch die Veränderungen auf politischer Ebene durch den Militärputsch und die darauffolgende Neuordnung konnten den Konflikt nicht entscheidend befrieden.

So wurde zwar nach der Rückkehr zur Demokratie im Jahre 2007 eine tendenzielle Abnahme der Gewalt festgestellt, die jüngsten Entwicklungen lassen aber wieder auf steigende Opferzahlen schließen.

Die tatsächlichen und aktuellen Gründe für den gewaltsamen Konflikt bleiben schwer greifbar. Eine Analyse gestaltet sich schwierig, denn neben den angeblichen Unabhängigkeitsbestrebungen und dem Einsatz für Minderheitenrecht und gegen sozioökonomische Benachteiligung spielen noch weitere Faktoren eine gewichtige Rolle. Festzuhalten bleibt zunächst, dass sich in erster Linie nicht um einen religiösen Konflikt zwischen Buddhisten und Muslimen handelt. Vor allem das organisierte Verbrechen und Korruption treiben an der Grenze zu Malaysia hingegen enorme Blüten. Die offiziellen Statistiken unterscheiden jedoch nicht zwischen Opfern krimineller Auseinandersetzungen und politischer oder sozialer Unruhen. So erscheint es kaum verwunderlich, dass auch die thailändische Regierung je nach Bedarf Separatisten, islamische Terroristen, organisierte Kriminalität und Drogenhandel oder gar die Reste früherer kommunistischer Guerrilla als Grund für ihr Vorgehen angibt.

Im Gegensatz zu dem oft unglücklichen Handeln der nationalen Regierung Thailands stehen die Bemühungen einzelner Staatsorgane, wie dem „National Reconciliation Council“ sowie Initiativen von



Grafik: NordNordWest @ German Wikipedia

## Schlagzeilen der Bangkok Post

**06.03.2012:** 2 Soldaten verwundet bei Bombenanschlag auf einer Straße in Yala  
1 Toter und 7 Verletzte bei Bombenanschlag nahe eines Marktes in Narathiwat

**08.03.2012:** 4 Soldaten sterben bei Bombenanschlag auf einer Landstraße in Narathiwat

1 Landarbeiter erschossen

**09.03.2012:** 12 verletzte Soldaten bei Angriffen auf Armeestützpunkte in Narathiwat

**10.03.2012:** 2 Tote in Pattani und Narathiwat

**12.03.2012:** 2 verletzte Soldaten durch eine Bombe in Pattani

Quelle: Bangkok Post, <http://www.bangkokpost.com/news/security>

Nichtregierungsorganisationen und akademischen Institutionen, bisher leider nur mit begrenztem Erfolg, auch und vor allem wegen der Beschränkung durch den permanent

gewordenen Ausnahmezustand und die Verfügungsgewalt des Militärs.

Im Jahr 2011 wurden jedoch erstmals seit der Eskalation der Gewalt im Jahr 2004 offene Verhandlungen zwischen der Regierung Thailands und hochrangigen Vertretern der sogenannten Separatisten<sup>2</sup> geführt. Es bleibt zu hoffen, dass diese Bemühungen zu einem guten Ergebnis kommen und die Menschen in der Region nicht länger in Angst vor Terror und den repressiven Gegenmaßnahmen des Staates leben müssen.

Aus der Sicht als pazifistischer Bewohner der „westlichen Welt“ bleibt noch eine andere Frage offen:

Wie ist es möglich, dass ein Land auf der einen Seite als idyllisches Reisedomizil gilt und von Touristen geradezu überflutet wird, sowie die internationale Anerkennung als demokratischer Staat erhält, während auf der anderen Seite in bestimmten Regionen dieses Landes kriegsähnliche Zustände herrschen und Menschenrechtsverletzungen und Todesopfer auf der Tagesordnung stehen?

Nicht einmal der Ansatz einer kritischen

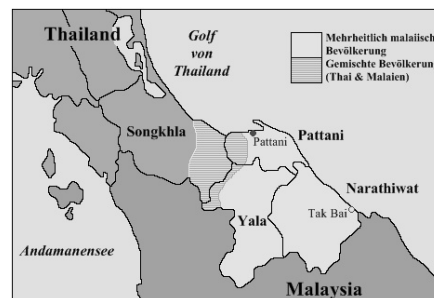
Debatte ist erkennbar. So wirkt es in diesem Zusammenhang kaum verwunderlich, wenn man bei der Internet-Recherche in deutscher Sprache nach dem Begriff „Tak Bai“ eher die Wettervorhersage für diesen Ort erscheint als ein Artikel zu den tragischen Geschehnissen von 2004.

Jari Trabert

1) Bangkok Post: <http://www.bangkokpost.com/news/security/>

2) Asia Times Online:

[http://www.atimes.com/atimes/Southeast\\_Asia/MD06Ae01.html](http://www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/MD06Ae01.html)



<http://commons.wikimedia.org>, Public Domain

## The Clearing Barrel - You are not alone!

### Rheinland-Pfälzischer Friedenspreis geht 2012 an Chris Capps-Schubert

Wie schreibt man über etwas, was beim Erscheinungsdatum einer Publikation Vergangenheit ist, aber im Augenblick des Schreibens noch in der Zukunft liegt? Zeitungen entscheiden sich oft, so zu tun, als wären sie dabei gewesen. Das ist gefährlich und unsauber: Hin und wieder fielen Ereignisse aus, über die dann trotzdem berichtet wurde – peinlich.

Wir können nicht dabeigewesen sein, denn das Ereignis findet erst in ein paar Tagen statt: Am 24. März 2012 wird das GI-Café „The Clearing Barrel“ in Kaiserlautern eröffnet – und wenn Sie dieses Friedlicht in den Händen haben, wird es (hoffentlich) eröffnet haben. Immer noch ist es ein finanzielles Risiko und es bedarf Hilfe, damit es längerfristig betrieben werden kann. Das GI-Café wird von Meike und Chris Capps-Schubert betrieben.

Chris Capps-Schubert erhält auf dem Rheinland-Pfalz-Tag in Ingelheim den rheinland-pfälzischen Friedenspreis.

### Ausbildung und Anfänge in der US-Army

Chris Capps-Schubert meldete sich im Frühjahr 2004 zur Armeereserve der USA von seinem Heimatort, Hackettstown, New Jersey, aus. Er absolvierte die Grundausbildung in Fort Jackson, South Carolina, wo er unter den Besten seines Lehrgangs war, und besuchte dann die Fernmeldeschule der Ar-



Chris Capps-Schubert

mee in Fort Gordon, Georgia, die er mit Auszeichnung abschloss.

Er kehrte dann als Mitglied der 305. Fernmeldekompanie des 392. Fernmeldebataillons der Armeereserve nach Hause zurück. Kurz darauf meldete er sich freiwillig zum aktiven Dienst in Deutschland. Bald nach seiner Ankunft in Deutschland, wo er der Kompanie C des 440. Fernmeldebataillons zugeteilt worden war, wurde Chris Capps-Schubert nach Camp Victory in Bagdad verlegt, wo er von November 2005 bis Ende September 2006 diente.

### Desertion

Um nicht kurz nach seiner Rückkehr aus dem Irak dem 44. Fernmeldebataillon in Mannheim zugewiesen, und mit diesem wieder in den Kampfeinsatz gehen zu müssen, ist Capps-Schubert im Februar 2007 nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt, und blieb über 60 Tage lang unerlaubt von der

Truppe entfernt [„Absent Without Leave“ = AWOL], ehe er sich in Fort Sill, Oklahoma, selber stellte, und „Anders als Ehrenhaft“ entlassen wurde.

### Beratung und Unterstützung für Militärangehörige

Seit seiner Entlassung aus dem US-Militär berät und unterstützt er andere US-Militärangehörige, welche die US-Armee verlassen wollen oder bereits fahnenflüchtig sind, und hilft Veteranen bei der Erreichung ihrer Versorgungsansprüche, der Suche nach Ärzten außerhalb des Militärs und Fragen zum Aufenthalt hier in der BRD.

### Öffentliche Auftritte und Infoveranstaltungen

Seit 2007 hat Chris Capps-Schubert eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen und öffentlichen Auftritte, unter anderem in Schulen, bei internationalen Irak- und Afghanistankonferenzen und örtlichen Friedensinitiativen gehalten, um auf die Problematiken der Soldaten und der Militarisation aufmerksam zu machen.

### Engagement bei vielen Friedensorganisationen

Er arbeitet als Berater des Military Counseling Networks e.V. (MCN) und dem

europäischem Teil der GI-Rights-Hotline. Zudem arbeitet er eng mit Connection e.V., dem Center on Conscience & War und dem Civilian Medical Resources Network zusammen. Er ist aktives DFG-VK-Mitglied und europäischer Koordinator von Iraq Veterans Against The War.

### Meike Capps-Schubert

Meike Capps-Schubert ist seit 2003 im Unterstützerkreis des MCN tätig. In diesem Rahmen organisierte sie die Pressearbeit bei öffentlichen Kampagnen für US-Kriegsdiensverweigerer, Infostände gemeinsam mit der Frauengruppe des MCN und den persönlichen Kontakt zu Soldaten und Familienangehörigen. Seit 2007 organisiert und koordiniert sie die Veranstaltung, Vorträge, öffentliche Auftritte und die Pressearbeit für ihren Mann.

### Über das Military Counseling Network

Seit Ende 2002 leistete das Military Counseling Network (MCN) wichtige Friedensarbeit in Deutschland. Das vom Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee gegründete MCN war die einzige direkte Anlaufstelle für amerikanische Soldaten in ganz Europa, bei der sie sich über ihre Rechte informieren konnten und Beratung erhielten, um den Militärdienst zu verlassen. Die Arbeit wurde von deutschen und US-amerikanischen Freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeitern geleistet. Das MCN wurde 2008 Träger des Friedrich Siegmund-Schultze Förderpreises. Aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen musste das MCN seine Arbeit jedoch einschränken.

Ab Januar 2011 übernahm Chris Capps-



Chris und Meike Capps-Schubert auf einer Demonstration in Büchel

Schubert die Beratung für das Military Counseling Network. Im Juli 2011 wurde das MCN von Meike und Chris Capps-Schubert in einen gemeinnützigen Verein mit Sitz in Kaiserslautern umgewandelt. Die Beratungsarbeit wird im GI-Café fortgeführt.

### GI-Café

Die Familie zog nach Kaiserslautern – der größte US-Stützpunkt außerhalb der USA und Drehkreuz für alle US-amerikanischen Militäreinsätze, um dort das GI-Café „The Clearing Barrel“ zu er-

gang zu der Beratung und Hilfestellung des Military Counseling Network e.V. und bietet zudem einen Ort, um dauerhaft den direkten Kontakt zu Soldaten halten zu können, alternative Sichtweisen und Informationen zu verbreiten und Soldaten, Veteranen und ihren Familien eine sichere Umgebung außerhalb der Militärstützpunkte zu bieten, in dem sie sich äußern und austauschen können und eine offenes Ohr für ihre Probleme finden. „The Clearing Barrel“ ist offen für alle und veranstaltet regelmäßig Info- und Kulturveranstaltungen sowie wechselnde Ausstellungen.

Harald Gewehr

### Friedensgruppen auf dem Rheinland-Pfalz-Tag

Friedensgruppen aus Rheinland-Pfalz werden auch 2012 beim Rheinland-Pfalz-Tag, der in diesem Jahr vom 1. bis 3. Juni in Ingelheim mit Infoständen, Kunstinstallationen und einem Bühnenprogramm im Rahmen des Forums Frieden - Umwelt - Integration in der Friedrich-Ebert-Straße vertreten sein. Nähere Infos gibt es bald unter [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

### Die Preisverleihung

Der Rheinland-Pfälzische Friedenspreis wird am Freitag den 1. Juni in Ingelheim überreicht. Leider steht zum Redaktionsschluss genauer Ort und Uhrzeit noch nicht fest. Er wird aber rechtzeitig auf [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de) veröffentlicht werden.

öffnen.

Das GI-Café „The Clearing Barrel“ steht in der Tradition der GI-Cafés während des Vietnam Krieges.

Es ermöglicht US-Militärangehörigen und Familienangehörigen einen direkten Zu-



### Links

- GI-Café: <http://www.gicafegermany.com>
- Blog des GI-Café: <http://theclearingbarrel.blogspot.de>
- GI-Rights-Hotline: <http://girightshotline.org/en>
- Center on Conscience & War: <http://www.centeronconscience.org>
- Civilian Medical Resources Network: <http://civilianmedicalresources.net>
- March Forward: <http://www.answercoalition.org/march-forward>
- Iraq Veterans Against the War: <http://www.ivaw.org>
- Rede von Chris Capps-Schubert bei der Auftaktkundgebung bei der Demo in Büchel am 30.8.08: <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff08/5-22.htm>

### Zur Situation um den Iran

Die Obama-Administration hat seit ihrem Amtsantritt 2009 keinen ernsthaften Versuch gemacht, mit Iran ins Gespräch zu kommen mit dem Ziel eines Verzichts auf Atomwaffen. Die Androhung und Durchführung von Sanktionen standen stets im Vordergrund; ein Finanz- und Handelsembargo wurde beschlossen. Auch die EU hat ein totales Öl- und Finanzembargo verhängt. Untergeordnete Persönlichkeiten des Iran haben mit einer Sperrung der Straße von Hormuz gedroht. Die Eskalation der gegenseitigen Drohungen ist beängstigend.

Die Situation erinnert fatal an das Szenario vor dem letzten Irak-Krieg und droht, außer Kontrolle zu geraten.

Oppositionsführer Mir-Hussein Mussawi weist darauf hin, dass die Sanktionen besonders der armen Bevölkerung schaden und sie nun wieder in die Arme der Regierung treiben, zumal im März Parlamentswahlen stattfinden. Die Sanktionen treffen auch den Privatsektor und die Mittelklasse und schwächen damit genau die Kräfte, auf denen die Hoffnungen für einen gesellschaftlichen Wandel ruhen. Die iranische Wirtschaft leidet, die Währung ist im freien Fall.

Die Regierung selbst kann sich von den Folgen eines Ölembargos relativ gut abschotten. Die Revolutionsgarden und die religiösen Stiftungen, welche weite Teile der Wirtschaft kontrollieren, haben langjährige Erfahrung damit, im Illegalen (etwa in der Schattenwirtschaft) zu arbeiten. Sie florieren geradezu unter solchen Bedingungen.

Die Sanktionen wurden in einer Weise verschärft, die immer näher an einen Krieg heranführt.

Alle Kriegsoptionen sind verantwortungslos und friedenspolitisch unwirksam. Ein Militärschlag hätte einen regionalen Flächenbrand, explodierende Ölpreise und breit gestreute Terroranschläge zur Folge. Der Iran würde gemeinsam mit seinen Verbündeten Hisbollah und Hamas massiv zurückschlagen.

Dabei würde ein Militärschlag kaum das iranische Atomprogramm zerstören, aber vielen Menschen, darunter vermutlich zahlreichen Oppositionellen, das Leben kosten. Die Regierung könnte sich keinen besseren Vorwand wünschen, um mit angeblichen Landesverrätern kurzen Prozess zu machen. Und ein militärischer Angriff würden den Machthabern im Iran eine moralische Rechtfertigung dafür geben, Atomwaffen zu entwickeln.

Die US-Regierung bzw. Israel brauchen für einen Krieg gegen den Iran zumindest die moralische Unterstützung der EU-Staa-

ten. Um so dringlicher ist es, dass die Bundesregierung jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran unmissverständlich ausschließt. Die Bundesregierung sollte gegenüber der US-Regierung klarstellen, dass die amerikanischen Militärbasen in Deutschland nicht erneut für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen und dass es keine Überflugsrechte und keine Zusammenarbeit der Geheimdienste dafür gibt.

Von der Bundeskanzlerin fordern wir, jede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen Iran öffentlich auszuschließen und die riskante Sanktionseskalation zu stoppen.

Die vor Jahren eingeleitete EU-Verhandlungsstrategie war von vornherein zum Scheitern verurteilt: Es war nie realistisch (und entsprach nicht dem Atomwaffensperrvertrag), speziell von Iran einen Verzicht auf die Urananreicherung zu fordern. Diese Forderung ist zudem nicht glaubwürdig, solange in der EU selbst Uran angereichert wird und Atomkraftwerke laufen oder gebaut werden. Und sie ist nicht nötig, eignen sich doch die im Atomwaffensperrvertrag vorgesehenen intensiven Kontrollen und Inspektionen der IAEA zur Verhinderung einer Atommacht Iran - im Präzedenzfall Chemiewaffenabkommen haben sie ja auch funktioniert. Iran sollte das entsprechende Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrags in vollem Umfang umsetzen und sich auf die Produktion von schwach angereichertem Uran beschränken, mit dem keine Waffen hergestellt werden können. Das ist keine unbillige Forderung, denn die entsprechenden Leichtwasserreaktoren stellen den internationalen Standard dar. Die Devise sollte also lauten: Sowenig Urananreicherung wie nötig, soviel Kontrollen und Transparenz wie möglich.

Iran darf keine Atommacht werden. Er wäre gut beraten, darüber hinaus auf die zivile Nutzung der Atomenergie zu verzichten und statt dessen das reichlich vorhandene Potential an Wind- und Sonnenenergie zu erschließen.

Iran wird allerdings nur dann auf Atomwaffen verzichten, wenn es hinreichende Sicherheitsgarantien erhält. Das Land ist durch die militärische Präsenz der USA in Irak, Afghanistan, Saudi-Arabien und den zentralasiatischen Staaten von allen Seiten umstellt. Zudem verfügt Israel über 200 bis 300 atomare Sprengköpfe, die Iran erreichen können. Die USA haben Nordkorea weitgehende Sicherheitsgarantien angeboten, weigern sich bislang aber, sie Iran zu offerieren.

Die Bundesregierung sollte die von der UNO für dieses Jahr beschlossene Konfe-

renz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten unterstützen. Dadurch würden die Reformkräfte in der gesamten Region neuen Auftrieb erhalten. Sicherheitsgarantien und eine solche Konferenz würden nicht das heutige Regime in Iran stabilisieren, sondern das Feindbild „Westen“ unterhöhlen und den dortigen Reformkräften mehr politischen Spielraum verschaffen.

Die Forderung einer **Deutschen** Friedensgesellschaft nach einer atomwaffenfreien Zone richtet sich mit Bedacht auch an Israels Adresse. Die Atomwaffenpolitik des Landes liegt nicht in seinem eigenen Sicherheitsinteresse. Selbstredend muss im Gegenzug auch Iran das Existenzrecht Israels anerkennen.

Last but not least würde Deutschland seine eigene Glaubwürdigkeit durch das Drängen auf den Abzug der in Büchel lagernden Atomwaffen und Beendigung der nuklearen Teilhabe sowie durch den Verzicht auf die Lieferung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel erhöhen. Die atomaren Großmächte müssen ihrer Verpflichtung im Atomwaffensperrvertrag nachkommen, ihre Atomwaffen abzurüsten.

Die öffentliche Auseinandersetzung zum Thema „Atommacht Iran“ nimmt derzeit eine negative und gefährliche Richtung an. Es kommt jetzt darauf an, diese Dynamik schnellstens umzukehren. Der Weg dahin führt über Sicherheitsgarantien und eine Konferenz für eine atomwaffenfreie Zone.

### Zur Lage in Syrien

Fast ein Jahr nach Beginn des Aufstandes gegen die Assad-Dynastie haben Waffen die Worte ersetzt: Statt mit Schlagstöcken arbeitet die Regierung nun mit Raketenwerfern und Granaten, die Opposition organisiert neben Demonstrationen gezielte Anschläge. Die Lage nähert sich immer schneller einem Bürgerkrieg. Wir warnen davor und vor einer militärischen Intervention von außen, und wir sind zutiefst besorgt über die immer größere Zahl von Opfern der Gewalt im Lande. Über 7000 Syrer sind seit März 2011 getötet worden, über Zehntausend wurden festgenommen.

Baschar al Assad hat die schlimmsten Formen der Folter abgeschafft, ohne die systematischen Menschenrechtsverletzungen aufzuhalten, und kämpft seit seinem Antritt gegen die veralteten Strukturen seines Landes. Er hat sich aber nicht durchgesetzt. Seine letzte Chance besteht darin, das Land durch Wahlen zu reformieren. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob er bereit ist, über einen Machtverzicht zu verhandeln oder auch nur ernsthafte Zuge-



ständnisse zu machen. Wir fordern einen **Runden Tisch** aller Oppositionsgruppen und der Regierung und dass Konflikte unter Wahrung der Menschenrechte ausgetragen werden.

Eine **militärische Intervention** würde die Lage hingegen noch schlimmer machen. Sie könnte Assad und die bewaffnete Opposition zu verstärktem Töten von Menschen veranlassen. Sie würde den Konflikt nicht schnell beenden, schon weil die Opposition gespalten ist und die syrischen Streitkräfte zu stark sind. Zudem ist Syrien ein Pulverfass in einer instabilen Region, die mit Europa direkt benachbart ist. Ein Bürgerkrieg könnte auf andere Länder überspringen. Die Bedingungen für eine erfolgreiche Transformation zu einer demokratischen Gesellschaft würden sich verschlechtern. Eine Eskalation mit Beteiligung der Nato könnte zu einer offenen Konfrontation zwischen den atombewaffneten Großmächten führen. Die Militarisierung des Konflikts darf nicht durch Waffenexporte weiter gefördert werden.

Eine Flugverbotszone wäre keine Lösung, weil die syrische Luftwaffe nicht geflogen ist. „Korridore für humanitäre Hilfe“ nahe den Grenzen sind ebenfalls keine Lösung: Sie könnten Zivilisten schützen, aber sie müssten bald verteidigt werden gegen Regierungstruppen. Da die oppositionelle Freie Syrische Armee den Regierungstruppen deutlich unterlegen ist, würden solche Korridore eine militärische Intervention nach sich ziehen, mit den genannten Gefahren.

Nach allem, was wir wissen, dominiert die Muslimbruderschaft im Syrischen Nationalrat. Entsprechend bleiben säkulare und linksgerichtete Gruppen sowie Kurden diesem fern. Sein Rivale ist der Syrische Nationale Koordinierungsausschuss, der Militäroperationen ablehnt und stattdessen Reformen fordert, um eine Demokratisierung einzuleiten.

Der Nationalrat spricht sich gegen Verhandlungen mit der Regierung aus und hat gefordert, dass die Opposition auf den Einsatz von Gewalt verzichtet. Er hat sich allerdings verbündet mit der Freien Syrischen Armee, die aus bewaffneten Überläufern aus den Regierungstruppen besteht. Die Opposition ist gespalten zwischen Anhängern des bewaffneten und des gewaltfreien Widerstands. **Wir sind Anhänger gewaltloser demokratischer Aufbrüche** wie in Tunesien und Ägypten. Auch ein Teil der syrischen Oppositionellen hält an Pazifismus und zivilem Ungehorsam fest als erfolgreichstes Mittel, das nach dem Fall des Regimes noch nützlich sein kann. Diese Oppositionellen arbeiten mit Graffiti gegen das Regime, Pamphleten, Revolutionsliedern und -ge-

dichten und verstecken Lautsprecher an öffentlichen Plätzen, um dort regimekritische Lieder zu übertragen. **Wir sind dafür, diesem Teil der syrischen Opposition** mit Satellitentelefonen, Laptops, Stromgeneratoren, Digitalkameras und Medizin zu helfen, international sichtbarer zu werden und sich besser zu vernetzen. Nichtregierungsorganisationen zur zivilen Konfliktbearbeitung leisten dazu wichtige Beiträge. **Wir fordern die Aufnahme und den Abschiebestopp von Deserteuren** und anderen Flüchtlingen in Deutschland.

**Wirtschaftssanktionen** treffen den Privatsektor und die Mittelklasse und schwächen damit genau die Kräfte, auf denen die Hoffnungen für einen gesellschaftlichen Wandel ruhen. Hingegen begrüßen wir zielgerichtete Kontensperrungen gegen die führenden Mitglieder der Regierung, um diese an den Verhandlungstisch zu bringen.

Iran unterstützt die Assad-Regierung mit Waffen, und die Türkei die Freie Syrische Armee als bewaffneten Teil der Opposition. Letztere erhält Verstärkung durch Söldner aus dem Irak. Al Kaida verübt Terroranschläge. Die USA versuchen, die gegenwärtige Situation auszunutzen und einen Mittleren Osten zu schaffen, in dem sie keine Gegner mehr haben, wie z.B. Assad. Sie versuchen, das Ergebnis des Irakkriegs zu korrigieren. Denn der Krieg hat Iran und Syrien gestärkt.

**Wir fordern die Bundeskanzlerin und die Nato auf**, den heimlichen Transfer westlicher Waffen nach Syrien umgehend zu unterbinden und die Verständigung mit allen Beteiligten zu suchen, darunter mit Russland.

Russland liefert Waffen an die Assad-Regierung; das syrische Tartus ist die einzige russische Marinebasis am Mittelmeer. **Wir fordern die russische Regierung auf**, umgehend einen konsequent friedensorientierten Resolutionsentwurf in den Welt sicherheitsrat einzubringen, der die weitere Bewaffnung sowohl der Assad-Regierung als auch der syrischen Opposition ablehnt.

Die Arabische Liga hat ihre Beobachtermission zuletzt abgebrochen wegen der schwerwiegenden Verschlechterung der Situation und der fortgesetzten Gewalt. Die Assad-Regierung habe sich offensichtlich für die militärische Option entschieden. Es gibt aber keine Alternative zur Deeskalation: Eine Fortsetzung und bessere Ausstattung einer Beobachtermission ist wichtig, denn internationale Beobachter können Schlimmeres verhindern.

Die Arabische Liga hatte zuvor „die fortgesetzte Tötung von Zivilisten“ verurteilt und den syrischen Staat aufgefordert, die Zivilbevölkerung zu schützen, Panzer und alle militärischen Fahrzeuge von den Straßen

abzuziehen, die politischen Gefangenen freizulassen, den Dialog mit der Opposition zu beginnen und grundlegende Reformen einzuleiten. Das Regime hatte diese Forderungen akzeptiert, sie aber nicht durchgehend umgesetzt.

Wie im Jemen, soll nach dem Willen der Arabischen Liga eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden, die sich aus Mitgliedern des Regimes und der Opposition zusammensetzt. Zwei Monate nach der Regierungsbildung habe Assad zurückzutreten und die Amtsgeschäfte seinem Stellvertreter Farug al Sharaa zu übergeben.

Demgegenüber gibt es eine beachtliche Mehrheit in Syrien, die sagt, das eigentliche Problem sei nicht Assad. Sie macht einen Unterschied zwischen Assad und dem Regime und stellt fest, dass die Krise nicht allein damit ende, dass Assad geht.

Die Arabische Liga hat eine militärische Intervention der Nato klar abgelehnt, aber Friedenstruppen der Vereinten Nationen gefordert (die allerdings eine Feuerpause und das Einverständnis der syrischen Regierung voraussetzen; beide sind nicht gegeben) und beispiellose Wirtschaftssanktionen gegen Syrien beschlossen: die Aussetzung jeglichen Handels mit Ausnahme von Lebensmitteln, das Einfrieren der Guthaben ranghoher Regimevertreter, den Abzug arabischer Investitionen aus Syrien, ein Reiseverbot für syrische Regierungsvertreter in der arabischen Welt und ein Verbot von Transaktionen mit der syrischen Zentralbank. Saudi-Arabien hat seine Hilfszahlungen an Syrien längst eingestellt, und das europäische Ölembargo trifft das Regime hart. Die Steuereinnahmen Syriens sind von 340 Milliarden im Jahr 2010 auf nur noch fünf Milliarden gesunken. Die Wirtschaft ist nahezu komplett gelähmt, die syrische Lira hat seit Beginn des Aufstands mehr als die Hälfte ihres Werts verloren.

**Wir fordern die Arabische Liga auf**, ihre Beobachtermission wieder aufzunehmen und umgehend alle Aktivitäten zu unterbinden, die die Gewalt in Syrien schüren.

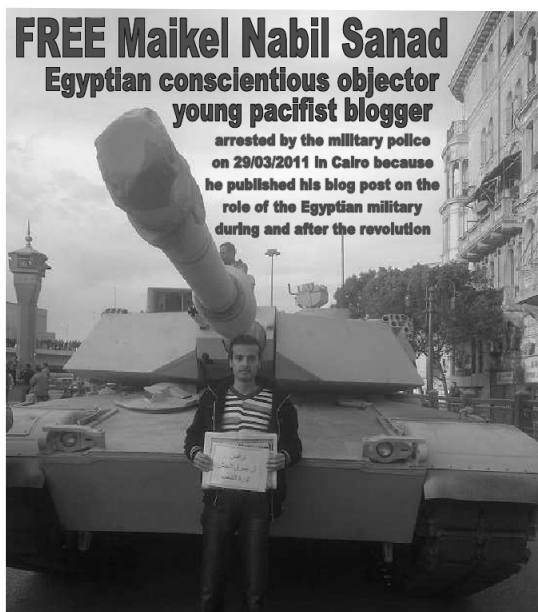
Nach Einreiseverboten und Kontensperrungen gegen die führenden Vertreter des Regimes bereitet die EU weitere Sanktionen gegen die syrische Zentralbank sowie die Einstellung des kommerziellen Flugverkehrs vor.

Al Jazeera und Al Arabiya produzieren kampagnenartig Meldungen, immer aus Sicht der Opposition. **Wir wenden uns gegen die einseitige und eskalationsfördernde Berichterstattung** der westlichen Medien, die oft die Meldungen von Al Jazeera und Al Arabiya schlicht wiedergeben.

*Als Diskussionsgrundlage verabschiedet vom Bundesausschuss der DFG-VK*

# Ägypten zwischen Revolution und Militärherrschaft

## Militärkritiker Maikel Nabil Sanad nach mehr als neun Monaten freigelassen



Maikel Nabil Sanad: „Die Armee und das Volk waren niemals eins.“

Nach 302 Tagen Militärgefängnis ist der ägyptische Militärkritiker, Blogger und Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad am 24. Januar 2012 freigelassen worden. Zusammen mit 1958 anderen Gefangenen war er vom Obersten Militärtribunal Ägyptens amnestiert worden.

In einer ersten Erklärung dankte Maikel Nabil Sanad allen Menschen in Ägypten und anderen Ländern, „die sich mit enormem Engagement dafür eingesetzt haben, dass ich meine Freiheit wiedererlange.“ Zugleich machte er aber auch deutlich, dass er seine Inhaftierung und Verurteilung weiterhin als völlig ungerechtfertigt ansieht: „Ich möchte, dass alle wissen, dass ich die Entscheidung zur Begnadigung ablehne. Ich habe kein Verbrechen begangen, das begnadigt werden könnte. Ich habe nur mein Recht auf Gedanken- und Redefreiheit ausgeübt.“

### Die Vorgeschichte

Maikel Nabil Sanad hatte im Oktober 2010 als erster in Ägypten und in der arabischen Welt seine pazifistisch motivierte Kriegsdienstverweigerung erklärt. Im November wurde 2010 wurde er zum Militär gebracht, für untauglich erklärt und nach zwei Tagen freigelassen. (siehe Friedlicht Nr. 55)

Als Anfang 2011 der zivile gewaltfreie Aufstand gegen Mubarak begann, war Maikel Nabil Sanad dabei. Damals wurde in Ägypten und im Ausland, auch von vielen Revolutionären, die Volksnähe des Militärs gerühmt. Maikel Nabil Sanad widersprach als einer der ersten dieser Auffassung. In seinem Blog dokumentierte er ausführlich,

wie das Militär willkürlich verhaftete, folterte und Inhaftierte verschwinden ließ und politischen Einfluss auf die Medien ausübte. Maikels Fazit: „Die Armee und das Volk waren niemals eins.“ Es sei zwar gelungen, den Diktator loszuwerden, aber nicht die Diktatur. Ende März 2011 verhaftete die Militärpolizei Maikel.

### Haft und Hungerstreik

Wegen Beleidigung des Militärs, Verbreitung falscher Informationen sowie Störung der öffentlichen Ordnung wurde Maikel im April 2011 von einem Militärgericht zu drei Jahren Haft verurteilt. Maikel legte Berufung ein, doch der Berufungsprozess ließ auf sich warten. Am 23. August 2011 trat er in Hungerstreik, mit der Forderung auf sofortige Freilassung. Zeitweilig befand sich Maikel auch im Durststreik.

Am 11. Oktober hob das Berufungsgericht das Urteil als „null und nichtig“ auf, ließ Maikel aber nicht frei, sondern verwies das Verfahren zur erneuten Urteilsfindung an das untergeordnete Militärgericht zurück. Wenige Tage später versuchte das Militär, Maikel für verrückt zu erklären. Doch die Leitung der psychiatrischen Klinik, in die Maikel gebracht worden war, weigerte sich, an der Pathologisierung eines politischen Dissidenten mitzuwirken.

Nach etlichen Terminvertagungen und Schikanen wurde am 14. Dezember 2011 ein Urteil von zwei Jahren verhängt. Damit verletzte das Militärgericht weiter die Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung und auf ein faires Verfahren. Den Hungerstreik beendete Maikel am 31. Dezember.

Seine Zeit im Gefängnis beschrieb Maikel Nabil Sand als „leid- und schmerzvoll“. Er ergänzte: „Alles Leid und aller Schmerz waren direkt vom Obersten Militärtribunal angeordnet. Wenn wir sehen, dass ein Gewissensgefangener die ganze Zeit aufgrund der Befehle der politischen Führung der Nation leidet, müssen wir erkennen: Wir haben es mit einem korrupten, ungerechten und überheblichen politischen Regime zu tun.“

### Veranstaltungsreihe im Juni in Deutschland

Bereits 2011 hatten die DFG-VK Hessen und Connection e.V. Maikel für eine Vor-

tragsreihe nach Deutschland eingeladen. Doch wenige Tage später wurde er verhaftet.

Nun wird Maikel im Juni 2012 nach Deutschland kommen, zusammen mit seinem Bruder Mark.

Mark Sanad war in einer Solidaritätsgruppe für Maikel in Kairo aktiv, die beharrlich für seine Freilassung eintrat. Er hat wesentlich dazu beigetragen, die Verhaftung und Verurteilung von Maikel öffentlich zu machen und internationale Unterstützung für ihn zu organisieren. So wurde in verschiedenen Medien weltweit ausführlich über die menschenrechtswidrige Praxis des ägyptischen Militärs berichtet.

Maikel und Mark Sanad können mit ihren kritischen Positionen zum Militär, den Aktivitäten zur Kriegsdienstverweigerung und in der Demokratiebewegung sowie mit einer deutlichen Position gegen Nationalismus ein differenziertes Bild über die Lage in Ägypten liefern.

Die Informations- und Diskussionsveranstaltungen werden im Zeitraum vom 4.-22. Juni 2012 stattfinden, unter anderem voraussichtlich auch in Mainz und Frankfurt. Trägerorganisationen der Veranstaltungsreihe sind das DFG-VK Bildungswerk Hessen, Connection e.V. und der Bund für Soziale Verteidigung.

gl



Kundgebung in Frankfurt (November 2011)

### Termine

Die Termine der Veranstaltungsreihe werden, sobald sie feststehen, veröffentlicht unter:

<http://www.dfg-vk-hessen.de>

<http://www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk>

<http://www.Connection-eV.de>

Dort sind auch weitere Informationen über Maikel Nabil Sanad zu finden.

### Maikel Nabil Sanads Blog

<http://www.maikelnabil.com>

## Internet:

DFG-VK Mainz: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

DFG-VK Hessen: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

DFG-VK Rheinland-Pfalz: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

DFG-VK bundesweit: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

War Resisters' International: [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)

## Military Counseling Network:

(Located in Germany)

phone: 0631-624 873 93 (new!)

email: [mcn@dmfk.de](mailto:mcn@dmfk.de)

## GI Café:

The Clearing Barrel

Richard-Wagner-Str. 48, Kaiserslautern

Öffnungszeiten:

Mi. u. Do. 15-22 Uhr

Fr. u. Sa. 15-24 Uhr

## Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),  
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach

Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,

[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

[www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)

## Global bewegt

Aktionswoche zur "Aktion Aufschrei:  
Stoppt den Waffenhandel!"

Mainz, Montag bis Donnerstag, 7. bis 10.  
Mai 2012

Die einzelnen Termine der Aktionswoche  
werden bekannt gegeben unter

<http://www.dfg-vk-mainz.de>

## Internationale Fahrradaktion: atomwaffenfrei.jetzt

von Stuttgart nach Brüssel

17. Mai - 4. Juni 2012

anlässlich des NATO-Gipfeltreffens

Die Kampagne fordert:

- Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen – weltweit
- Keine Modernisierung der Atomwaffen
- Abzug der Atomwaffen aus Deutschland

Am Dienstag und Mittwoch, 22. und 23.  
Mai kommt die Anti-Atomwaffen-Fahrrad-  
tour durch Darmstadt, Mainz und Wiesba-  
den. Einzelheiten zu Veranstaltungen in die-  
sen Städten unter [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de) und  
[www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

## Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

### Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-  
Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.: Mühl-  
gasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/43 14 40, Fax 0 69/4 99 00 07,

[www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de), [dfgvkhessen@t-online.de](mailto:dfgvkhessen@t-online.de)

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Angelika Jürgensonn-Korjenic,  
Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing.

Tel. 0 26 36/80 81 07, [angelika62de@yahoo.de](mailto:angelika62de@yahoo.de)

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber  
DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel,  
Hangstr. 3, 63768 Hösbach. Tel. + Fax 0 60 21/58 17  
34 (Alibri-Verlag), [verlag@alibri.de](mailto:verlag@alibri.de)

Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-Pfalz:

c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,

55543 Bad Kreuznach. [juergenlocher@superkabel.de](mailto:juergenlocher@superkabel.de),

Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer,

Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.

[DFGVKDarmstadt@aol.com](mailto:DFGVKDarmstadt@aol.com),

[www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)

Gruppentreffen: dienstags 19.30 Uhr, ehemalige Bes-  
senger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94 Fax 0 69/4 99 00 07,

[dfgvkffm@t-online.de](mailto:dfgvkffm@t-online.de)

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist montags

19 Uhr. Genauen Termin bitte erfragen.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach

Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,

61169 Friedberg. [dfgvk-friedberg@web.de](mailto:dfgvk-friedberg@web.de)

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, [kassel@dfg-vk.de](mailto:kassel@dfg-vk.de)

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77,

35578 Wetzlar. Tel. 0 64 41/2 54 62,

[mo-wz@gaaa.org](mailto:mo-wz@gaaa.org)

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2,

55116 Mainz. Gruppentreffen: 1. Montag im

Monat, 19.30 h, [dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de),

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg.

Tel. 0 64 21/2 17 83, [dfgvk@lahn.net](mailto:dfgvk@lahn.net),

[www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html](http://www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html)

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr. 6.

Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Maga-  
zin für militärischen Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wieder-  
holung in der jeweils folgenden Woche um 15 h

bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4,

63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,

[office@Connection-eV.de](mailto:office@Connection-eV.de)

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,

[dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de](mailto:dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de)

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfüthenstr. 1,

54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17,

[buero@agf-trier.de](mailto:buero@agf-trier.de)

Westpfalz: [klawir@atomstromfrei.de](mailto:klawir@atomstromfrei.de)

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30,

65193 Wiesbaden. Tel. 06 11/9 10 36 66,

[peter.silbereisen@web.de](mailto:peter.silbereisen@web.de)

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter [www.dfg-vk-mainz.de/links/fl56](http://www.dfg-vk-mainz.de/links/fl56)

## Internationale Fachtagung

Gegen die Militarisierung der Jugend  
(Countering the Militarisation of Youth)

8.-10. Juni 2012 in Roßdorf bei Darmstadt

organisiert von der War Resisters' Interna-  
tional, der DFG-VK und Bertha-von-Sutt-  
ner-Stiftung.

Weltweit versucht das Militär Jugendliche  
zu rekrutieren und militaristisches Gedan-  
kengut unter ihnen zu verbreiten, allerdings  
regt sich auch Widerstand. Das Seminar bie-  
tet Gelegenheit zum internationalen Erfah-  
rungsaustausch.

Weitere Informationen und Anmeldung:

[wri-irg.org/de/militarisierungderjugend](http://wri-irg.org/de/militarisierungderjugend)

[wri-irg.org/militarisationofyouth](http://wri-irg.org/militarisationofyouth)

## Pazifissimus

Die Radiosendung der DFG-VK Wiesba-  
den und der DFG-VK Mainz

Pazifissimus läuft im Rahmen des Pro-  
gramms von Radio Quer an jedem zweiten  
Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden  
Kalenderwochen).

Die nächsten Termine: 11. April, 25. April,  
9. Mai, 23. Mai, 6. Juni, 20. Juni, 4. Juli.

UKW: 92,5 MHz im Raum Wiesba-  
den/Mainz,

Kabel: Wiesbaden 99,85 Mhz;

Mainz 102,7 Mhz,

Internet: [www.radio-rheinwelle.de](http://www.radio-rheinwelle.de)

## Tipp: Repression und Justiz

[http://waldbesetzung.blogspot.de/  
category/repression/](http://waldbesetzung.blogspot.de/category/repression/)

## Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



# DFG-VK

## Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz

Treffen am 1. Montag im Monat 19:30 Uhr

Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de)

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift  
Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,  
Frauenlobstr.40, Mainz

ViSDP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Martinsstraße 2, Mainz - April 2012